

## Internationales Forschungs- und Studienzentrum der UNWE eröffnet

Im Oktober 2013 wurde ein internationales Forschungs- und Studienzentrum der UNWE [www.unwe.bg/en/](http://www.unwe.bg/en/) in Wien im Haus Wittgenstein (Bulgarisches Kulturinstitut) eröffnet. Wiener Neustadts Stadtoberhaupt Bernhard Müller nahm neben anderen RepräsentantInnen aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung am hochkarätig besetzten „top level talk“ teil. Im Rahmen der Veranstaltung kam es auch zu einem Meinungsaustausch mit dem bulgarischen Minister für Investitionsplanung, Ivan Danov. ■



GR<sup>in</sup> Marie Grüner, Bgm. Bernhard Müller, Minister Ivan Danov, Martin Stieger (ZEUS)

## Neue Wege der kommunalen Finanzierung



v.l.n.r.: StR Martin Weber (Wr. Neustadt), LAbg. Bgm. Alfred Riedl (Grafenwörth), LH-Stv.<sup>in</sup> Karin Renner, Stadtkämmerin Stefanie Ammon (Fürth), Bgm. Bernhard Müller (Wr. Neustadt), LAbg. Bgm. Rupert Dvorak (Ternitz), LAbg. Bgm. Herbert Thumpser (Traisen), Vzbgm. Christian Stocker (Wr. Neustadt), StR<sup>in</sup> Ingrid Heihs (St. Pölten)

Am 30. Oktober war eine hochkarätige Delegation aus Niederösterreich zu Gast in der bayrischen Stadt Fürth. Neben KPZ-Vorsitzenden Bürgermeister Bernhard Müller waren LH-Stv.<sup>in</sup> Karin

Renner, beide GVV-Präsidenten aus NÖ, der Zweite Vizebürgermeister der Stadt Wiener Neustadt, Christian Stocker, und Wiener Neustadts Finanzstadtrat Martin Weber nach Franken gereist, um sich ein Bild von der dortigen finanziellen Situation zu machen. Fürth wird immer wieder als Beispiel für eine gelungene Budget-Konsolidierung genannt, die mit Begleitung des Schweizer Wirtschaftsexperten Fredmund Malik gelungen ist. Malik soll in Zukunft auch niederösterreichischen Gemeinden zur Seite stehen. Bernhard Müller war sich nach dem Besuch in Fürth mit allen anderen TeilnehmerInnen einig: „Wir haben sehr interessante Dinge gehört und gesehen, die natürlich nicht alle auf unsere Situation umzulegen sind. Nun gilt es, gemeinsam mit dem Land NÖ zu beurteilen, ob dieser Weg auch für uns ein gangbarer ist.“ ■

## „Auch MitarbeiterInnen sind Menschen, Teil II“

Im zweiten Teil von „Auch MitarbeiterInnen sind Menschen“ wird die Kommunikation von Führungskräften in den österreichischen Kommunen mit den MitarbeiterInnen beleuchtet. „Die Frage der internen Kommunikation bekommt eine immer größere Bedeutung. Dies geht aus vielen, vielen Gesprächen, aber auch aus unserer Umfrage hervor“, so das Autorentrio Herbert und Sebastian Thumpser und Sylvia Kögler bei der Buchpräsentation in der Aula der Sparkasse St. Pölten. Die Ergebnisse dieser im März/April 2013 unter 220 Städten und Gemeinden durchgeführten Umfrage zum Thema „Wie kommunizieren Führungskräfte in unseren Kommunen mit den MitarbeiterInnen“ bilden, gemeinsam mit den Erfahrungen aus mehr als drei Jahrzehnten Kommunalpolitik und

den neuen Erkenntnissen der Kommunikationswissenschaft, die Grundlage für den vorliegenden neuen Band. (Thucom, ISBN 978-3-200-03162-3, 160 Seiten, gebunden € 24,90). ■



GVV-Präsident Bgm. Rupert Dvorak, Bgm. Matthias Stadler sowie die 3 Autoren: Sebastian Thumpser, Bgm.<sup>in</sup> Sylvia Kögler und LAbg. Bgm. Herbert Thumpser

# Zu guter Letzt: Noch etwas Wissenswertes



## DASEINSVORSORGE

Der Begriff Daseinsvorsorge umschließt all jene öffentlichen Dienstleistungen, die für unser tägliches Leben besonders wichtig sind und zu einer hohen Lebensqualität beitragen: Energie- und Wasserversorgung, die Bereitstellung öffentlicher Verkehrsmittel, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung, Rettungsdienste, Krankenhäuser, öffentliche Bäder, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Seniorenheime. Auch die Instandhaltung der Friedhöfe zählt dazu. Die Dienstleistungen werden in Österreich von Ländern, Städten und Gemeinden erbracht. Sie sind nicht an Gewinn orientiert, sondern priorisieren hohe Qualitätsstandards, unter anderem allgemeine Zugänglichkeit, Versorgungssicherheit und Kontinuität.

Quelle: [www.wien.gv.at](http://www.wien.gv.at)

## BUNDESPRÄSIDENT

Der Bundespräsident ist gemäß Bundesverfassungsgesetz das auf sechs Jahre gewählte Staatsoberhaupt. Seit 1951 findet die Wahl direkt durch das Bundesvolk statt. Er kann für die unmittelbar folgende Funktionsperiode nur einmal wiederbestellt werden und in Summe zwölf Jahre ununterbrochen im Amt sein. Er ist – neben den BundesministerInnen, den StaatssekretärInnen und den Mitgliedern der Landesregierungen – ein oberstes Organ der Vollziehung. Zu den Kernkompetenzen des Bundespräsidenten gehören die Ernennung des Bundeskanzlers und, auf dessen Vorschlag, der weiteren Mitglieder der Bundesregierung sowie die Möglichkeit auf Ansuchen der Regierung den Nationalrat aufzulösen. Die Stellung des Bundespräsidenten und seine Kompetenzen definieren Österreich als sogenannte parlamentarische Semipräsidentialrepublik. Im Protokoll der Republik Österreich steht der Bundespräsident demgemäß vor dem Nationalratspräsidenten und dem Bundeskanzler an erster Stelle. Das Staatsoberhaupt hat seine Amtsräume seit 1947 im Leopoldinischen Trakt der Hofburg in Wien; vorher befanden sie sich im Bundeskanzleramt. Derzeitiger Bundespräsident ist seit 2004 Heinz Fischer.

Quelle: Wikipedia